

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

175. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 12. Mai 2005

Tagesordnungspunkt 6:

- a) Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe** (Drucksache 15/4575)

.....
16420 C

- b) Antrag der Abgeordneten Antje Blumenthal, Hubert Hüppe, Andreas Storm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben konsequent sichern** (Drucksache 15/4927)

.....
16420 D

- c) Antrag der Abgeordneten Antje Blumenthal, Hubert Hüppe, Andreas Storm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Sexuelle Übergriffe gegen Menschen mit Behinderung wirksam unterbinden und Hilfsangebote für Betroffene verbessern** (Drucksache 15/4928) ...

16421 A

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 5:

- Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **Die Erfolge in der Politik für behinderte Menschen nutzen – Teilhabe und Selbstbestimmung weiter stärken** (Drucksache 15/5463)

16421 A

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 6:

- Antrag der Abgeordneten Daniel Bahr (Münster), Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Diskriminierung von Menschen mit Behinderung beim Fahrkarten- und Ticketkauf verhindern – Teilhabe ermöglichen** (Drucksache 15/5460)

16421 B

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über zweierlei: über den Bericht der Bundesregierung zur Lage behinderter Menschen, also über Politik, und über den Alltag von Menschen mit Behinderungen, also über das richtige Leben. Dass beides nicht dasselbe ist, belegt auch der vorliegende Bericht: Er ist lang, anspruchsvoll und zielt auf Verbesserungen, aber er trifft nicht die reale Lebenssituation.

Das beginnt schon mit der Einleitung. Die Bundesregierung schreibt, sie habe einen politischen Paradigmenwechsel eingeleitet, und lobt, dass ihre **Agenda 2010** neue Chancen für Menschen mit Behinderungen eröffne. – Eines stimmt: Die Agenda 2010 ist ein Paradigmenwechsel; denn sie ist der Gegenentwurf zu einem modernen, bürgerrechtlichen Sozialstaat.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Gerade Menschen mit Behinderungen aber brauchen den Sozialstaat besonders. Sie haben ein Recht auf demokratische Teilhabe und auf aktive Solidarität.

Damit spreche ich überhaupt nicht gegen Einzelerfolge, die im Bericht ebenfalls aufgeführt sind. Ich spreche auch nicht gegen einzelne Vorhaben, die aufgelistet wurden. Aber ich widerspreche Ihrer Generaleinschätzung.

Fördern und Fordern, so nennen Sie ein zentrales Element Ihrer Politik, auch in diesem Bericht. Nur mal ganz nebenbei: „Fördern und Fordern“ ist eine literarische Anleihe bei Makarenko, einem sowjetischen Pädagogen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Ute Kumpf [SPD]: Wir haben Makarenko schon diskutiert, da waren Sie noch gar nicht auf der Welt, Frau Pau!)

Machen wir den Praxistest: Bundesweit sind 17 Prozent aller Menschen mit Behinderungen arbeitslos. Das sind überdurchschnittlich viele. Sie spüren also noch stärker: Das rot-grüne Fordern greift, aber das rot-grüne Fördern nicht.

Dieselben Defizite zeigen sich bei der so genannten **Gesundheitsreform**. Diese trifft vor allem Menschen, die ganz besonders auf medizinische Leistungen angewiesen sind. Menschen mit Behinderungen gehören dazu. Deshalb ein Wort an den Kollegen Haack: Da können Sie sich nicht allein mit der Union und ihren Vorschlägen herausreden; Sie von der Koalition hätten – nach einem Jahr so genannter Gesundheitsreform – alle Möglichkeiten gehabt,

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Novellierungen vorzuschlagen, die beispielsweise beinhalten, Kinder von 13 bis 17 Jahren oder eben auch Menschen mit Behinderungen von der Medikamentenbezahlung zu befreien.

Wir sind immer noch beim Praxistest. Sie kennen die Kritik der PDS an der Steuerpolitik. Diese geht unter anderem zulasten der Kommunen. Vieles, was Menschen mit Behinderungen vor Ort helfen könnte, scheitert auch daran.

Zum Schluss ein Erlebnis aus der vergangenen Woche. Ich war im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und lernte dort eine engagierte Frau kennen. Sie war vor Jahresfrist von Bundespräsident Horst Köhler zur „Tafel der Demokratie“ eingeladen worden und fand bei ihrem ersten Berlin-Besuch, dass Rollstuhlbewegte es hier viel leichter als bei ihr zu Hause in Herne hätten. Ich weiß, dass Menschen mit Behinderungen aus **Berlin**, von denen einige auch heute hier der Debatte folgen, das sehr viel kritischer sehen. Aber sie berichtete mir, dass sie zu Hause an keinen Geldautomaten herankomme, dass das neu errichtete Gerichtsgebäude für Menschen wie sie kaum erreichbar sei, dass der Nahverkehr neue Hürden aufbaue und die viel gelobten Servicestellen überlastet seien.

Kurzum: Die PDS im Bundestag erwartet von der Bundesregierung einen realistischen Bericht und keine Schönfärberei. Vor allem aber fordern wir einen Politikwechsel – auch im Sinne der Menschen mit Behinderungen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])